

Für Reparaturen fehlt Geld

Ein Drittel des kommunalen Straßennetzes in Brandenburg ist mangelhaft

Von Anna Kristina Bückmann

Potsdam. Risse, Schlaglöcher, fehlende Beschilderungen: In Brandenburg sind laut einer aktuellen Studie 33 Prozent der kommunalen Straßen mangelhaft. Doch zur Instandsetzung fehlt Städten und Kommunen das Geld.

Rund ein Drittel des kommunalen Straßennetzes in Brandenburg ist mangelhaft. Das ergab eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), die am Montag in Potsdam vorgestellt wurde. Nur 38 Prozent genügen demnach den gesetzlichen Standards. Vor allem Anliegerstraßen und -wege sowie Erschließungsstraßen in kreisfreien Städten seien in einem sehr schlechten Zustand, so das Ergebnis.

Für die Instandsetzung benötigten die Kommunen laut eigenen Angaben rund 310 Millionen Euro jährlich. Hinzu kämen rund 2,77 Milliarden Euro für Investitionen wie Erschließung und Ausbau des Straßennetzes. Dagegen wurden in den vergangenen fünf Jahren jährlich rund 52 Millionen Euro für den Unterhalt des Straßennetzes aufgewendet und etwa 157 Millionen Euro investiert, wie es in dem Difu-Papier heißt.

„Das gemeindliche Straßennetz wird auf Verschleiß gefahren“, sagte Potsdams Oberbürgermeister und Präsident des Städte- und Gemeindebundes, Jann Jakobs (SPD).

Um das Netz so auszubauen, dass es den gesetzlichen Standards entspricht, fehlt den Kommunen nach eigenen Angaben das Geld. Finanzschwache und finanzstarke Gemeinden hätten dasselbe Problem, sagte Wilhelm Garn (CDU), Bürgermeister der Gemeinde Brieselang (Landkreis Havelland).

„Sie können die Instandhaltung und den Straßenbau nicht so finanzieren, wie es notwendig sein muss.“ Die Gemeinde sei in den vergangenen Jahren stark angewachsen. Es müsse viel in den Schul- und Kitabau investiert werden. „Da bleibt nicht mehr viel Spielraum, um Straßen instand zu setzen“, sagte Garn.

Die Studie sorgt für neue Gespräche im aktuellen Diskurs um die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen in Brandenburg. Nach Plänen der Brandenburger CDU-Fraktion sollen Anwohner nicht länger die Kosten für die Sanierung von Straßen im Land mitzahlen müssen. Auch die Vereinigung BVB/Freie Wähler will mit einer Volksinitiative die Straßenausbaubeiträge in Brandenburg abschaffen.

Fielen diese weg, werde den Kommunen ein wichtiges Finanzierungsinstrument „aus der Hand geschlagen“, sagte Jakobs. Mit den vorliegenden Ergebnissen sei eine neue Gesamtbetrachtung nötig und ein landesweites Konzept, um die Bedarfe in den nächsten

Jahrzehnten zu finanzieren.

Für die Studie befragte das Institut nach eigenen Angaben 417 Städte und Gemeinden. Die Rücklaufquote betrug 24 Prozent und deckt damit 44 Prozent der Bevölkerung Brandenburgs und rund ein Drittel der Fläche ab, so die Angaben des Instituts. →(dpa)

Holperpiste: Ein Auto fährt in Frankfurt (Oder) an Schlaglöchern vorbei. →Foto: ZB/Patrick Pleul